



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Der Jubiläums-Verbandstag der deutschen Buchdrucker.

In Verbindung mit der Feier seines sechzigjährigen Bestehens hielt der Verband der Deutschen Buchdrucker in der Woche vom 21. bis 26. Juni seinen 13. ordentlichen Verbandstag in Berlin ab. Der Tagung ging eine vom Berliner Gau am 20. Juni im Großen Schauspielhaus veranstaltete Jubiläumsfeier voraus, in deren künstlerischen Umrahmung das sechzigjährige gewerkschaftliche und kulturelle Wirken der deutschen Buchdruckerorganisation in eindrucksvoller und würdiger Form gefeiert wurde.

Der am nächsten Tage im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses eröffnete Verbandstag war besucht von 157 Delegierten, darunter 22 Gauvorsitzern, den Mitgliedern des Verbandsvorstandes, der „Korrespondent“-Redaktion und des Leiters des Bildungsverbandes. Von der Buchdrucker-Internationalen waren erschienen Vertreter aus Desterreich, der Schweiz, Belgien, Holland, Jugoslawien, Luxemburg, Schweden, Tschechoslowakei und Ungarn. Der ADGB war vertreten durch Graßmann, der Verband der Lithographen und Steindrucker durch Haß, Herbst und Hoffmann, der Buchbinderverband durch Haujeßen und Imhoff und unser Verband durch Bucher, Hornke und Bloth. Von den drei letztgenannten graphischen Verbänden wurde dem Buchdruckerverband eine künstlerisch ausgeführte Ledermappe mit Widmung als Geburtstagsangebinde zum Zeichen vereinten Strebens im Graphischen Bunde überreicht. Oberbürgermeister B ö h von Berlin hieß den Verbandstag willkommen, hob die Bedeutung des Buchdruckgewerbes für die Entwicklung Berlins hervor sowie das Interesse der Stadterwaltung an der Gestaltung der Buchdruckerorganisation.

Die Tagesordnung umfaßte 15 Verhandlungspunkte, zu denen nicht weniger als 328 Anträge gestellt waren. Den Bericht des Verbandsvorstandes erstattete der Vorsitzende S e i g unter Hinweis auf die gedruckt vorliegenden Jahresberichte über die Jahre 1924 und 1925. Die beiden Jahre brachten dem Verband die Möglichkeit der Wiedergebunden und des Aufbaues nach den schweren Kriegs- und Inflationsjahren. Die Mitgliederzahl, die Ende 1913 68 915 betrug, ist im Kriege auf 25 000 herabgeunken. Das Gros der Mitglieder war zum Kriegsdienst eingezogen und fast 10 000 sind dem Bismortorden zum Opfer gefallen. Ende 1925 zählte der Verband 79 340 Mitglieder, also über 10 000 mehr als vor Kriegsausbruch. Das Verbandsvermögen stieg in der Berichtszeit von 563 258 Mkt. auf 3 677 871 Mkt. Auf dem Tarif- und Wohngebiet hat sich die Besserung der Beschäftigten und die Festigung der Währung ganz nennenswert geltend gemacht. Betrag der Spitzenlohn Ende 1923 noch 27 Mkt., so konnte inzwischen eine Steigerung von 21 Mkt. auf 48 Mkt. wöchentlich erreicht werden. Der Maschinenherzuschlag stieg von 7 1/2 auf 20 Proz., der der Korrektoren von 3 auf 7 1/2 Proz. Außerdem sind eine Reihe von Bestimmungen des Manteltarifs zugunsten der Gehilfen geändert worden. Die gegenwärtige Manteltarif hat Gültigkeit bis 31. März 1927, das Lohnabkommen bis 10. September 1926. Die Versuche des Abbaues der Uebertariflöhne sind meist an dem Widerstand der Gehilfenschaft gescheitert. Die Zusammenarbeit mit den Spartenvereinigungen war im allgemeinen gut, nur mußte geregelt werden, daß zwei Sparten, die der Drucker und Stereotypseure, gelegentlich der letzten Urabstimmung über die Annahme des Tarifs ihren Aufgabenkreis beträchtlich überschritten haben. Das vom Hamburger Verbandstag beschlossene Projekt des Hausbaues in der Dreibundstraße ist durchgeführt worden. Die Buchdruckwerkstätte, die Redaktion des „Korrespondent“ und der Bildungsverband befinden sich seit Jahresbeginn in Berlin.

Der Verbandstassierer S c h w e i n i g erstattete den Kassensbericht und gab zu dem gleichfalls gedruckt vorliegenden Bericht Erklärungen und Ergänzungen. Interessant für das materielle Wirken des Buchdruckerverbandes ist die Feststellung, daß der Jahresumsatz

der Verbandstasse im Jahre 1924 4 329 375 Mkt. und im Jahre 1925 8 243 761 Mkt. betrug. Der Verbandsbeitrag ist von 75 Pf. auf 1,50 Mkt. (inkl. 20 Pf. für den Hausbau) gestiegen. Sämtliche vorkriegszeitlichen Unterstützungseinrichtungen konnten dadurch wieder eingeführt werden. An Unterstühtungen wurden 50 Proz. der Beiträge verausgabt. Die Rückvergütung an die Gawe beträgt 15 Proz. Die Hauptverwaltung erforderte im Jahre 1924 209 332,99 Mkt., im Jahre 1925 291 449,65 Mkt., darunter befinden sich 104 000 Mkt. als internationale Hilfe für Belgien und Dänemark. Die Kosten des Verbandsaufbaues belaufen sich auf 3,1 Millionen Mkt. Mit dem Bau des Verbandshauses haben sich die Mitglieder, erklärt Schweinik am Schlusse seines mit starkem Beifall aufgenommenen Berichts, ein Wertobjekt geschaffen, das keine Inflation wieder zerstören kann.

Die sehr eingehende Aussprache über den Tätigkeitsbericht dauert bis zum Schluß des zweiten Verhandlungstages und endet mit der einmütigen Annahme folgenden Antrags:

„Der 13. ordentliche Verbandstag billigt die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und spricht ihm das Vertrauen aus.“

Ferner findet ein Antrag Annahme, der aus Anlaß des sechzigjährigen Jubiläums auch den ausgefeuerten und noch nicht bezugsberechtigten Mitgliedern eine Extraaufstützung zubilligt.

Der dritte Verhandlungstag wird eingeleitet mit einem großzügig angelegten Referat des zweiten Verbandsvorsitzenden K r a u z zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zu den Anträgen auf Abänderung der Satzungen und der Bestimmungen über die Unterstühtungen“. Die dazu gestellten Anträge beziehen sich in der Hauptsache auf die Unterstühtungsfragen, während nur wenige sich auf folgende vier prinzipielle Punkte erstrecken: 1. Schaffung eines graphischen Industrieverbandes, 2. Mitgliedschaft im Verbands, 3. Zusammenfassung und Wahl des Verbandstages und der Gauvorsitzerkonferenz, 4. Ausstufungsreihung. Unsere Leser dürften in der Hauptsache die Ausführungen des Referenten interessieren, die er zur Frage des Industrieverbandes machte, weswegen wir sie ausführlicher wiedergeben. Kollege Krauz führte die dazu aus:

„Es hat wenig Zweck und für mich nun naturgemäß keinen Anreiz, das Problem der Organisationsform zum dritten Male im gleichen Sinne mit neuen Worten theoretisch durchzukunten. Die Leipziger Generalversammlung beschloß Urabstimmung. Diese hat die Ablehnung durch die Mitglieder selbst ergeben. Der Hamburger Verbandstag kam zur Annahme einer Entschlußfassung, in der dem Verbandsvorstande gewisse Aufträge erteilt wurden. Sie könnten nun fragen: Was ist seither in der Richtung geschehen? Ich möchte mich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß ich mit vielen schönen Worten wie die Rake um den heißen Brei herumgegangen sei. Der Leipziger Gewerkschaftskongreß hatte ja dem Bundesvorstand für die Lösung des Organisationsproblems Aufgaben gestellt, die bis zum nächsten Kongreß gelöst sein sollten, aber — nicht gelöst werden konnten. So war es auch bei uns. Also, als wir noch nicht lange wieder vom Hamburger Verbandstag zurückgekehrt waren, erging an alle Verbände seitens des ADGB die Aufforderung, sich zu der Frage der Industrieverbände erneut zu äußern. Wir nahmen zunächst innerhalb der einzelnen Vorstände getrennt Stellung, um dann später innerhalb des Graphischen Bundes zu versuchen, ob eine gemeinsame Erklärung abgegeben werden könne. Der Buchbinderverband hatte inzwischen an die Kommission des ADGB, einen unverbindlichen persönlichen Vorschlag seines zweiten Vorsitzenden über die Überlegung des graphischen Industrieverbandes eingereicht. In der Sitzung des Graphischen Bundes ist keine Uebereinstimmung zu erzielen gewesen. Es kam dann dazu, daß jeder Verband für sich dem ADGB, seine Stellungnahme schriftlich zugehen ließ und dann nochmals eine mündliche Aussprache vor der engeren Kommission des ADGB erfolgte. Im Jahresbericht für das Jahr 1924 finden Sie bereits auf Seite 11 zusammengefaßt die

dem Bund gegenüber abgegebenen Erklärungen. Die von uns abgegebene lautet:

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat in einer seiner letzten Sitzungen zur Frage des graphischen Industrieverbandes Stellung genommen, ohne auf den vom Kollegen Harber dem Gewerkschaftsbund eingereichten Vorschlag in seiner Einzelheiten einzugehen. Der Vorstand hat grundsätzlich geprüft, ob eine Verschmelzung der vier Verbände gegenwärtig überhaupt möglich und tunlich erscheint. Mit Einmütigkeit hat sich der Gesamtvorstand auf den Standpunkt gestellt, daß die jegliche Form des Graphischen Bundes zunächst noch als der gegebene Boden für die weitere Zusammenarbeit der graphischen Verbände zu betrachten sei, und daß der Zeitpunkt für die völlige Verschmelzung der Verbände noch nicht gekommen ist. Auf tariflichem Boden sowohl als auch in bezug auf die inneren organisatorischen Einrichtungen der Verbände fehlen dazu noch die notwendigsten Voraussetzungen. Diese können auch in nahe bevorstehender Zeit noch nicht geschaffen werden. Zudem ist die Abneigung gegen eine Verschmelzung augenblicklich in den Mitgliederkreisen der Buchdrucker eher noch gestiegen als herabgemindert, so daß bei einer erneuten Befragung der Mitglieder durch Urabstimmung, die sich natürlich notwendig machen würde, zweifellos mit großer Mehrheit die Verschmelzung abgelehnt werden würde. Deshalb ist der Verbandsvorstand der Ansicht, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die einzelnen Verbände ihre eignen Aufgaben noch besser zu erfüllen vermögen. Im engen Zusammenarbeiten aller Verbände im Graphischen Bunde, dessen Tätigkeitsgebiet künftig wieder ausgeweitet werden könne, sieht der Verbandsvorstand zurzeit die Interessen aller graphischen Arbeiter am besten gewahrt.

Dieser Erklärung schloß sich auch der Vorstand des Hilfsarbeiterverbandes vollinhaltlich an. — Nun zu der Beschlussefassung des Breslauer Gewerkschaftskongresses in der Industrieverbandsfrage. Der eingesehten Kommission war es nicht gelungen, eine Vorlage für Industrieverbände zu schaffen. Jedoch hatten die Befürworter von Industrieverbänden ihrerseits einen Organisationsplan der Bundesausstufung vorgelegt, für den 14 Verbandsvertreter stimmten, die die Mehrheit der im ADGB vereinigten Gewerkschaftsmitglieder hinter sich hatten. Bei dem Abstimmungsmodus auf den Gewerkschaftskongress hätten also die sämtlichen anderen Verbände, die Gegner der zwangsweisen Umformung waren, von der Mitgliederzahl der Anhänger des Zwanges überflügelt werden können. Die Lage wurde kritisch und drohte zum Konflikt, ja bis zur Sprengung des ADGB zu führen, indem einige Verbände erklärten, daß sie im Falle der Annahme von Zwangsbeschlüssen sich diesen nicht unterwerfen könnten. Der Bundesvorstand schlug dann das bekannte Kompromiß vor, daß gegen die Stimmen der Metallarbeiter Annahme fand. Die Resolution und die Änderung der §§ 4, 5 und 6 der Bundesstatuten ändern an dem bisherigen Zustand nicht viel. Sie gipfeln in dem Streben, die Bildung von Industrieverbänden zu fördern, Kartellverträge mit Nachbarverbänden abzuschließen und die ungelerten Arbeiter in die Fachverbände mit aufzunehmen. Mit der Annahme dieser Vorlage haben die Delegierten des Kongresses — trotzdem feiner mit dem Ergebnis zufrieden war — doch dokumentiert, daß die Einseitigkeit und der Bestand des Bundes über dem Streit stehen muß, ob eine gewalttätige Umformung der Verbände durch Kongreßbeschlüsse vorgenommen werden kann. Ausnahmen für das graphische Gewerbe bezüglich der Hilfsarbeiter sind zugestanden. Nun verlangen die uns heute wieder vorliegenden Anträge gemäß der Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses im graphischen Gewerbe die Verschmelzung der vier Verbände und Anagnriffnahme der Vorarbeiten dazu. Im Antrag Hamburg ist wohl die weitestgehende Zusammenfassung der Wünsche aller Antragsteller zu erblicken. Ich kann dazu nur erklären, daß ein Beschluß, wie ihn Hamburg vom Verbandstag fordert, dem Verbandsvorstand eine Aufgabe zuweist, die voraussichtlich in absehbarer Zeit nicht gelöst werden kann. Es würde uns dabei

wieder so ergehen, wie es der Kommission des ADGB. erging. Der Verbandsvorstand hat sich in einer seiner letzten Sitzungen erneut zu seiner dem ADGB. im Januar 1925 abgegebenen Erklärung, die ich Ihnen vorlesen habe, bekannt. Er erblickt vorläufig noch in den Berufsverbänden die schlagkräftigste Form für den Kampf der graphischen Arbeiterchaft, in dem die Buchdrucker nach Lage der Sache führend bleiben werden; gegenwärtig nicht um Schaden der anderen Verbände. Der Zusammenschluß ist und bleibt eine Zweckmäßigkeitsfrage für den einzelnen Verband. Die Form der Organisation soll gewiß nicht ein Selbstzweck sein, sie muß und wird sich gegebenenfalls zwingenden Notwendigkeiten anpassen. Grundfäßliche Gegner des Industrieverbandes sind deshalb kaum vorhanden. Der Streit ist nur ein Streit um die zeitliche Notwendigkeit und die Möglichkeit der Durchführung. Gegenwärtig glauben wir diese Notwendigkeit noch vernennen zu müssen; auch die innere Gestaltung der einzelnen Verbänden ist doch zu unterschiedlich. Von einer erneuten Urabstimmung ist die Annahme solcher Vorschläge auf Verschmelzung heute gewiß noch weniger als 1922 zu erwarten. Ueberlassen wir darum die Frage des graphischen Industrieverbandes getrost der schriftweisen Entwicklung, arbeiten wir weiter im Graphischen Bund zusammen in allen Fragen, die uns gemeinsam berühren. Wir sind gewillt, den Dingen Rechnung zu tragen, wenn die Zeit dazu gekommen ist. Bis dahin wollen wir uns gegenseitig stützen und beistehen, wo immer es notwendig wird. Die Kraft unseres Verbandes wird eher stärker werden, als sie gegenwärtig innerhalb des größeren Gebildes sein kann, und die Stärke der gesamten Organisationen des graphischen Gewerbes wird dadurch gewiß nicht leiden.“

Dem Referat folgte wieder eine eingehende Ansprache, an der die Vertreter der übrigen drei graphischen Organisationen sich nicht beteiligten, weil sich an ihrem Standpunkt in der Industrieverbandsfrage inzwischen nichts geändert hat. Die Anträge sind einer Kommission überwiegen worden. Desgleichen die Unterstützungsanträge, nachdem der Hauptverwalter Caser die Stellungnahme des Verbandsvorstandes dargelegt und einige Redner ihre Auffassung kundgetan hatten. Vorher wurde noch folgender Beschluß gefaßt:

„Der Verbandsbeitrag ist nicht zu erhöhen. Der bisherige Beitrag zum Verbandshaus von 20 Pf. wird dem Verbandsbeitrag zugeschlagen. Von diesen 20 Pf. sind 15 Pf. zur Erhöhung des Unterstützungswezens und 5 Pf. zur Stärkung der Verbandskasse zu verwenden.“ (Schluß folgt.)

## Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfallverhütung.

Die Vorschriften des gesetzlichen Arbeiterschutzes verpflichten den Arbeitgeber nach § 120a G.D., wie nach § 618 B.G.B., die Arbeitsräume, Betriebseinrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten, zu unterhalten sowie den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Ueber die Einhaltung und Durchführung dieser Vorschriften zu wachen, ist Aufgabe der Gewerbeaufsicht sowie der polizeilichen örtlichen Ueberwachungsorgane. Darüber hinaus ist den Trägern der Unfallversicherung,

den Berufsgenossenschaften, durch § 848 der A.D. die Verpflichtung auferlegt, dafür zu sorgen, daß, soweit es nach dem Stande der Technik und der Heiktunde wie nach der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft möglich ist, Unfälle verhütet werden und den Beteiligten eine wirksame erste Hilfe zuteil wird. Von dem durchaus richtigen Gedanken ausgehend, daß für die praktische Durchführung des Arbeiterschutzes die Mitwirkung der Arbeiter nicht entbehrt werden kann, hat ferner das B.R.G. in § 66, Ziffer 8, den Betriebsräten und nach § 78, Ziffer 5, den Arbeiter- und Angestelltenräten die Aufgabe zugeteilt, auf die Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsmaßnahmen hinzuwirken.

Abgesehen von dem Betriebsrätegesetz, sind diese Vorschriften schon lange in Kraft und werden, wenn auch nicht überall mustermäßig, durchgeführt. Um die hieraus entstehenden Mängel zu beseitigen, hat im Laufe der Jahre auf das sorgfältige Drängen der Gewerkschaften hin ein wesentlicher Ausbau der Gewerbeaufsicht stattgefunden. Die Zahl der Beamten wurde vermehrt, die Einstellung von Beamten aus dem Arbeiterstande und Frauen als Aufsichtsbeamte vorgenommen, deren Sachkenntnis und Leistungen mit dazu beigetragen haben, die Bedeutung sowie das Ansehen der Gewerbeaufsicht bei der Arbeiterchaft wesentlich zu erhöhen. Infolge des Widerstandes der Unternehmer gegen die Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes sind zwar viele Wünsche und Forderungen der Gewerkschaften in dieser Richtung unerfüllt geblieben. Dennoch ist ein Fortschritt unverkennbar.

Um so eigenartiger berührt es, daß die Unfallhäufigkeit, besonders in den gewerblichen Betrieben und bei Bauten keine erhebliche Abnahme zeigt, die Zahl der Unfälle nach wie vor eine außerordentlich hohe ist. Nur im Jahre 1923 war ein größerer Rückgang der Unfälle zu verzeichnen, indem 459 579 gegen 637 370 Unfälle des Vorjahres zur Anmeldung gelangten. Seitdem ist die Unfallhäufigkeit wieder im Steigen begriffen, und nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1925 muß befürchtet werden, daß wiederum eine erhebliche Zunahme stattgefunden hat. Was ein Unfall bedeutet, weiß jeder Arbeiter. Je nach der Schwere des Unfalls ist kürzere oder längere, oft aber auch dauernde Erwerbsunfähigkeit mit Verdienstverlust für ihn damit verbunden, welcher Schaden durch die etwa gewährte Unfallrente nicht ausgeglichen wird. Aber auch für die Wirtschaft bedeutet ein Unfall einen schweren Verlust, der um so mehr ins Gewicht fällt, als sie durch die noch immer andauernden Wirkungen des Krieges stark belastet ist, worunter jeder einzelne leidet. Es besteht deshalb nicht nur für den Arbeiter ein starkes persönliches Interesse daran, einen Unfall zu vermeiden, sondern auch ein allgemeines wirtschaftliches Interesse, die Zahl der jährlichen Unfälle auf ein Mindestmaß herabzudrücken.

Nach den mit der Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes gemachten Erfahrungen muß als feststehend betrachtet werden, daß die dazu erlassenen Vorschriften sowie die Ueberwachung ihrer Durchführung allein nicht genügen. Nicht, daß man sie als bedeutungslos betrachten darf. Im Gegenteil, sie bleiben

die Hauptgrundlage der Unfallverhütung, und es muß alles daran gesetzt werden, sie nach jeder möglichen Richtung weiter auszubauen und zu vervollständigen. Doch hat dieser Ausbau seine natürlichen Grenzen. So wird von Fachleuten versichert, daß sich durch weitere entsprechende Schutzvorrichtungen an Maschinen die Unfallzahlen in den Betrieben höchstens noch um 10 Prozent verringern lassen. Das dürfte zu wenig sein, besonders wenn der Arbeiterschutz in rationaler Weise zur Durchführung gelangt, als es gegenwärtig geschieht, und die Anbringung von mit der Maschine untrennbar verbundenen Schutzvorrichtungen den Maschinenlieferanten zur Pflicht gemacht würde, was gegenwärtig nicht der Fall ist. Unbestreitbar aber ist, daß auch bei Berücksichtigung aller Schutzvorschriften eine große Anzahl von Unfällen übrig bleibt, die auf diesem Wege nicht zu beseitigen sind.

Neben den Maschinen und sonstigen, der besonderen Aufgabe des Betriebes dienenden Einrichtungen, die je nachdem mehr oder weniger gegen Unfallgefahren geschützt werden können, ist dieser selbst durch die Anhäufung von Menschen auf verhältnismäßig kleinem Raum, der ein Ausweichen des einzelnen nur in beschränktem Umfange zuläßt, eine Gefahrenquelle, die weit verstopft werden kann. Das Unfallversicherungsrecht trägt dem insofern Rechnung, daß es alle Unfälle in Betrieben, soweit sie nicht absichtlich, durch Spielerei oder gegenseitige Neckereien entstehen, als entschuldigend anerkennt. Es wird dabei berücksichtigt, daß das Zusammenarbeiten des Arbeiters mit anderen ihn von deren Verhalten abhängig macht und die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit ihn hindert, sich den daraus entstehenden Gefahren zu entziehen. Eine wichtige Aufgabe der Unfallverhütung besteht deshalb darin, die Arbeiter nicht nur zum Schutze ihrer Person, sondern auch ihrer Mitarbeiter auf diesen Umstand hinzuweisen und ihnen klar zu machen, daß sie alles unterlassen, was zu einer Schädigung ihrer Gesundheit und Erwerbsfähigkeit Veranlassung bieten kann. Diese Belehrung ist um so notwendiger, als zahlreiche Unfälle lediglich in Sorglosigkeit, Unwissenheit, Entzündigkeit der Arbeit, Gedankenlosigkeit, Verwirrung infolge unzureichender Anleitung, körperliche Mängel, Geistesabwesenheit, Müdigkeit, Ungeschicklichkeit, Verüben groben Unfugs und ähnlichem ihre Ursache haben. Deshalb kann die Belehrung nicht einseitig genug sein und nicht oft genug wiederholt werden.

Statische Erhebungen in Amerika haben ergeben, daß 75 bis 90 Prozent aller Unfälle durch psychologische Faktoren verursacht werden. Diese Feststellung hat bei den praktischen Amerikanern eine Aufklärungs- und Propagandabewegung für Unfallverhütung hervorgerufen, die mit dem Schlagwort „Safety first“ („Vorsicht vor allem“) sowohl in der Öffentlichkeit wie in den Betrieben tätig ist. Die Bewegung verfolgt den Zweck, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die der Straße wie den Betrieben eigentümlichen Gefahren hinzuwenden und vor ihnen zu warnen. Für diese Propaganda werden entsprechende Bilder und Plakate verwendet, die überall angebracht sind, wo es die Verhältnisse erfordern. Daß dieser Zweck erreicht wird, zeigt der Erfolg; die Zahl der Unfälle hat abgenommen. Das hat veranlaßt, daß die Methoden des Safety first auch in anderen Ländern zur Anwendung gelangten und für die Unfallverhütung

## Natur und Arbeit.

Von Dr. Franz Rothenfelder.

Wir alle lieben die Natur oder glauben es zu tun, aber die Unterschiede in den Ausmaßen dieser Liebe, die uns an sich so selbstverständlich scheint, sind berart stark und von einander abweichend, daß die Mehrzahl der Menschen erst Lernende werden oder es noch bleiben müssen, bis wir in großen und klaren Zügen das Gesekmäßige im Verhältnis: Natur und Mensch festhalten und formen können. Jeder Schritt führt auch die Beherzten und Wissenden unter uns in Neuland, und daß dies noch nicht erforschte Gebiet unseres Entdeckertums die gute, alte Welt ist, die jeden Atemzug von uns aufnimmt und bestimmt, das gehört in das gewaltige gleichfalls noch nicht entfaltete Kapitel der Menschheitsgeschichte.

Es war meist nur ein arges Verkennen, was wir als Naturliebe ausgaben: wir sahen in dem Freien und Selbständigen, das in unerlöschlichem Reichtum unsere Enge umgibt, ein Fremdes, nicht mit uns organisch Verbundenes, wir glaubten vorzudringen, wenn wir Geheimnisse abtauschen und die Gebiete unseres Wissens wie die Bereiche unserer Lebensfreude erweckten. Erforschung und Erholung — das waren, das sind die Schlagworte unseres Drängens zur Natur und nach der Natur, aber die rechte Liebe war und ist es nicht. Wir blieben auf einem Wege stehen, der doch nur erst Beginnen war, weil wir ihn aber für einen Endweg hielten, darum mußten wir stehen bleiben.

Liebe heißt nicht allein Sehnen und Freude empfinden, sondern danach trachten, eins mit dem geliebten Wesen zu werden. Wahre Naturliebe ist Aufgehen in der Natur, ist Vereinigung des Menschen mit der Gesamtheit dessen, was wir die Schöpfung nennen. Nicht ein blühender Garten, ein quellendes Bachröschel ist Natur, oder, wie wir sagen: ein Stück Natur — Natur kennt keine Stücke —, und nicht einmal die ganze Erde erschöpft ihren Begriff, all das vielmehr, was sich begrenzt menschlichen Sinnen entzieht, nicht von ihnen ungeteilt erfasst werden kann, das ist Natur und die Natur: das, was wir Kosmos nennen, Weltall und Weltgeist.

Wer sich liebend den Armen liebender Natur vertraut, der sucht aus dem dunkelsten und tiefsten Orange des Un-

bewußten Vollendung eigener Weltanschauung und Krönung seines Glückseligens durch unlosbares Verbundensein mit dem ewig Unlösbaren. Aber nur wenigen ist es gelungen, den letzten Weg zu den Höhen zu ersteigen —, die wir von dieser Erde sind und ganz von ihr und in ihr sein möchten, sehen in erschauerndem Erkennen das Harke und Unerlöschliche eines Getrenntseins, eine durch das Zeitliche und Willkürliche der Menschengehe schon fast erstarre Sonderfestellung von Natur und Mensch.

Zwischen uns, dem Volke der Arbeit, und der Umwelt der Erden und Sonnen, steht die Einatmungsrichtung des Menschlichen, Klafft das Gebot vervielfachter Erdenchwerer, das Menschen über Menschen verhängen. Wenn wir immer noch am Anfangsweg mühselig feuchten, wenn uns schon im Quam der Essen ein Streifen Licht den Himmel, ein paar Blüten und Bäume die schöne, den Menschen zu eigen gegebene Erde bedeuten muß — wir sollen wir da das höchste Begehren nach einer Weltanschauung in Sinne der Wahrheit und Größe erfüllen, wie sollen wir diese selbst zu geistlicher Vollendung bringen?

Nein, noch sind wir nicht so weit, daß wir uns den letzten Zielen und innersten Freunden menschlichen Seins nahe fühlen könnten, noch sind es die Wenigen, die Bevorzugten und Begünstigten, die in die Seele der Natur gelangen und eins mit ihr werden konnten — und diese wenigen mußten aber Steine der Hungerqual schreiten, durch Dornen des Berachtelns brechen. Aber Natur und Weltall sind nicht alleit für die Dichter und Denker, die Ausgesprochenen der Gesellschaft, die Jungerkünster der ewigen Schönheit da — sie warten der Menschheit, und erst wenn sie alle in sich aufgenommen und auch dem Lernsten die Krone des Weltgeistes aufgesetzt hat, darf auch die Natur sich vollendet nennen.

Als dahin wollen wir, bewußt, daß wir zu einem Wege ausholen und mit aller Kraft ausholen müssen, die große Frage: Natur und Menschheit enger begrenzen, wollen den Kampf zwischen Natur und Arbeit führen, zwischen dem aus Unselbstigkeitlichen Schönen und dem Häßlichen, das uns als Arbeit auf Schultern und Herzen gelegt ist. Für uns führt der Weg zu Göttern aus den fernenden Feuern der Werkstattmühen. Wir wollen erst die Arbeit befreien, und dann wird auch der Mensch frei werden. Und der freie Mensch, und nur er, wird in die Natur eingehen.

Bis dahin wird die Natur weniger auf der Farbenpracht von Gärten, aus dem Sinneerlaß der Gebrige und Meere zu uns sprechen — sie wird da den hellsten und eindringlichsten Ruf erheben, wo die Hämmer am lautesten auf Eisen fallen. Das Weltall wird in Morgen- und Abendsternen zu den bebegten Menschen der Fabrikwege reden, und moß uns, wenn wir diesen Ruf vernehmen, ihn uns zu eigen machen und erwidern.

Die Natur ist nicht frei, solange es die Menschen nicht sind, und die Erde, der Blüten- und Frühlingsgarten aller, die atmen und Herzschlag beligen, ist gleich uns von wenigen getrennt.

Tragen wir in die Armseligkeit unserer Wertstatt den Gedanken vom Weltall, dann werden wir auch schwerbedeckt aus Stein und Eisen zur Sonne aufstehen — wissend, daß wir den Weg zu ihrem Glück finden werden, und auch dann nicht außerhalb der Natur, wenn unser wertiglicher Bestimmungsweg nur an Materien und gequälten Menschen und immer wieder nur an ihnen vorbeiführt.

## „Das Totenschiff.“

So heißt das neueste Buch, das die Büchergilde Gutenberg herausgibt. Die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreißendstraße 5, ist eine Buchgemeinschaft, die für ein Eintrittsgeld von 75 Pfennig und einen jährlichen Beitrag von 12 Mk. (monatlich 1 Mk.) vier gute Bücher erstklassiger Autoren in Ganzleihen pro Jahr liefert. Außerdem erscheint monatlich eine Zeitschrift für die Mitglieder. Der Eintritt kann jederzeit erfolgen. Unsere Kollegen und Kolleginnen sollten die Gelegenheit wahrnehmen, um bittig in den Besitz guter Bücher zu gelangen. Dem soeben erschienenen Werk „Das Totenschiff“ entnehmen wir einige Auszüge:

### Obst es noch Matrosen?

Matrosen gibt es kaum noch, werden auch gar nicht mehr verlangt. So ein modernes Frachtschiff ist gar kein eigentliches Schiff mehr. Es ist eine schwimmende Maschine. Und daß eine Maschine Matrosen zur Bedienung braucht, glauben Sie gewiß selbst nicht, auch wenn Sie sonst nichts von Schiffen verstehen sollten. Arbeiter braucht diese Maschine und Ingenieure. Sogar der Skipper, der Kapitän, ist heute nur noch ein Ingenieur. Und selbst der

müßbar gemacht wurden. Wir finden sie daher auch in Deutschland, wo sich besonders das Reichsversicherungsamt angelegen sein läßt, Unfallplakate mit entsprechenden Darstellungen von Unfällen herauszugeben, die in den Betrieben und auf den Baustellen Verwendung finden.

Allen diesen Plakaten, die in verteiltem Maßstabe auch von der Gewerkschaftspressen veröffentlicht werden, ist gemeinsam, daß sie durch eindringliche künstlerische Darstellung des von den Arbeitern zu beachtenden Gegenstandes deren Aufmerksamkeit zu erregen suchen und immer wieder daran erinnern, was sie im Interesse der Erhaltung ihrer Erwerbsfähigkeit zu beachten haben. Daß diese Art Unfallverhütungspropaganda wirksamer ist als die in den Betrieben oder auf den Baustellen ausgehängten Unfallverhütungsvorschriften, liegt auf der Hand. Werden diese Vorschriften doch von den wenigsten Arbeitern gelesen. Das in der Nähe der Arbeitsstelle angebrachte Plakat dagegen drängt sich ihnen unwillkürlich auf und erfordert seine Beachtung, wobei sich das, was es will, dem Arbeiter leicht einprägt, ihn anspornt, auf sich wie auf andere zu achten. Auf diese Weise wird der Arbeiter rein psychologisch zur Mitwirkung bei der Unfallverhütung erzogen. Als Allheilmittel gegen das Stattfinden von Unfällen kann natürlich diese Propaganda nicht betrachtet werden; solche Allheilmittel gibt es nicht. Aber derartige Anschläge bilden ein wertvolles Hilfsmittel für die Unfallbekämpfung, dessen Anwendung die weiteste Verbreitung wünschen läßt.

Ebenso wichtig, ja noch wichtiger wie die Einwirkung auf die Arbeiter, um bei ihnen Aufmerksamkeit, Ueberlegung und Vorsicht zu erwecken, Gedankenlosigkeit, Abstumpfung und Sorglosigkeit zu bekämpfen, ist die Beseitigung der diese psychologischen Eigenschaften bedingenden Ursachen. Auch hierin bietet sich für die Mitwirkung der Arbeiter ein weites Tätigkeitsfeld, teils direkt oder über ihre Betriebsvertretungen, teils durch die Gewerkschaften. Besonders kommt es darauf an, solche Ursachen, die in der Arbeitsdauer, dem Arbeitstempo, der Temperatur in den Betriebsräumen, ihrer Beleuchtung usw. begründet sind, festzustellen und auf ihre Beseitigung hinzuwirken. Nur wenn das in ausreichender Weise geschieht, wird eine wesentliche Herabsetzung der Unfallhäufigkeit erreicht werden. Andersfalls nützt Belehrung nicht viel. Der durch lange Arbeit, übermäßiges Arbeitstempo, schlechte Beleuchtung oder hohe Temperatur in den Betriebsräumen übermüdete Arbeiter kann wohl momentan aufgerüttelt werden, auf die Dauer dagegen erliegt er der Uebermüdung und fällt ihr beim Zusammentreffen unglücklicher Umstände zum Opfer. Das müssen die Arbeiter beachten. Ein wertvolleres Gut als ihre Gesundheit und Arbeitsfähigkeit steht ihnen nicht zur Verfügung. Dieses Gut zu schützen, betrachten die Gewerkschaften als eine ihrer vornehmsten Aufgaben. Sie hierin zu unterstützen, muß daher auch jeder Arbeiter zu seinem Teile bestrebt sein. M.

## Das Ergebnis der Lohnsteuererstattungen.

Bisher 48 Millionen zurückgezahlt.

Von Erich Rinner.

Seit einiger Zeit hat sich der gewerkschaftlichen Kleinarbeit ein neues wichtiges Gebiet eröffnet: die Lohnsteuererstattungen. Vor etwa einem Jahre brachte

M. B., der am Ruder steht und noch am längsten als Matrose angesehen werden konnte, ist heute nur noch ein Maschinist, nichts weiter. Er hat nur die Hebel auszuheben, die der Rudermaschine die Drehungsrichtung angeben. Die Romantiker der Seegeschichte ist längst vorbei. Ich bin auch der Meinung, daß solche Romantik nie bestanden hat. Nicht auf den Segelschiffen und nicht auf der See. Diese Romantik hat immer nur in der Phantasie der Schreiber jener Seegeschichten bestanden. Jene verlogenen Seegeschichten haben manchen braven Jungen hinweggeführt zu einem Leben und zu einer Umgebung, wo er körperlich und seelisch zugrunde gehen mußte, weil er nichts sonst dafür mitbrachte, als seinen Kindergelauben an die Ehrlichkeit und an die Wahrheitsliebe jener Seegeschichtensreiber. Möglich, daß für Kapitane und Steuerleute eine Romantik einmal bestanden hat, für die Mannschaft nie. Die Romantik der Mannschaft ist immer nur gewesen: Unmenslich harte Arbeit und eine tierische Behandlung. Kapitane und Steuerleute erscheinen in Opfern, Romanen und Balladen. Das Hohlbleib des Helden, der die Arbeit tat, ist nie gelungen worden.

„Guten Tag, Seemann!“

Wir waren gute Kunden, aber solange wir in der Taverne waren, ließ der Wirt kein Auge von uns und beobachtete jeden Schritt und jeden Blick. Schien es ihm, daß einer mit den Augen zuckte und einen vom christlichen Stand zu deutlich anguckte, ging der Wirt sofort zu dem Manne hin, der anguckte worden war, und beorderte ihn, daß er das Lokal verlasse. Er mußte ihn ja vorständig und zart behandeln, denn hätte der Betreffende gemerkt, was los war, so hätte er vielleicht doch einmal gekippt, und dann war die Appelscheibe im Gange. Es mußte etwas in unseren Gesichtern und in unseren Augen liegen, das Frauen manchmal erblicken und aufschreien machte, wenn wir unerwartet in ihren Gesichtskreis traten. Selbst Männer sahen uns schon an und drehten und wendeten sich, um einen anderen Weg zu machen, damit sie nicht an uns vorbei bräuchten. Die Postzei folgte uns mit den Augen, solange sie auch nur ein Zipfelchen von uns sah. Merkwürdig war es mit den Kindern. Manche gingen an zu schreien, wenn sie uns sahen, und liefen fort wie geküßt, manche wieder blieben stehen, rissen die Augen weit auf, wenn wir vorbei kamen, manche wieder folgten uns atemlos, als hätten sie Traumgestalten vor sich erblickt gesehen, und manche, und

das Steuerüberleitungsgesetz zum erstmaligen Bestimmung der Erstattungen von Lohnsteuer bei Verdienstaussfall infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit usw. und über die Erstattungen bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse. Diese Bestimmungen sind dann auch in das neue Einkommensteuergesetz übernommen worden. Als dann aber die Erstattungsanträge in viel größerer Zahl einliefen als erwartet worden war, stellte es sich heraus, daß diese Bestimmungen nicht einfach genug waren. Auf sozialdemokratische Vorschläge hin wurde dann durch das Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer ein besonderes Bauverfahren eingeführt. Nachdem die Frist für die Einreichung der Anträge für das Jahr 1925 bereits seit dem 30. April abgelaufen ist und die Mehrzahl der Erstattungen bereits erledigt sein dürften, läßt sich jetzt ein Ueberblick über das Ergebnis der Erstattungen gewinnen. Nach Angaben des Reichsfinanzministeriums sind im Laufe des letzten Jahres folgende Beträge erstattet worden:

Im Jahre 1925 . . . . .	8 045 000 Mt.
„ Januar 1926 . . . . .	4 295 000 „
„ Februar „ . . . . .	6 771 000 „
„ März „ . . . . .	11 051 000 „
„ April „ . . . . .	9 314 000 „
„ Mai „ . . . . .	8 340 000 „
Insgesamt . . . . .	47 816 000 Mt.

Danach sind also fast 50 Millionen Mark Lohnsteuer erstattet worden. Die tatsächlichen Rückzahlungen dürften aber noch erheblich höher sein; denn die statistischen Angaben umfassen nicht die Erstattungen wegen Verdienstaussfall im Jahre 1924 und im Jahre 1925, soweit die Rückzahlung in den Monaten Oktober bis Dezember 1925 erfolgt ist, und andererseits sind die Erstattungen gegenwärtig noch nicht voll abgeschlossen, so daß auch noch im Monat Juni Rückzahlungen vorgenommen wurden.

Dieses Ergebnis ist in zweifacher Hinsicht beachtenswert. Es zeigt zunächst, daß es gelungen ist, die Lohnsteuer in einem wesentlichen Punkte zu vervollkommen. Die Lohnsteuer soll die Einkommensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger sein, sie soll aber zugleich so einfach gestaltet sein, daß sie vom Arbeitgeber abgezogen werden kann und den Finanzämtern die Veranlagung von rund 15 Millionen Steuerpflichtigen erparat. Weil aber das Abzugsverfahren so einfach wie möglich sein muß, kann auf die besonderen Verhältnisse im einzelnen Fall nicht in gleicher Weise Rücksicht genommen werden wie bei der veranlagten Einkommensteuer. Hat man doch den ersten Lohnabzug sogar ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens und des Familienstandes gleichmäßig von allen Arbeitnehmern mit 10 Proz. erhoben. Erst später ist die Freilassung des Existenzminimums und der Familienermäßigungen hinzugekommen. Aber erst jetzt ist es gelungen, im Wege der nachträglichen Erstattungen die volle Gutbringung dieser Ermäßigungen in allen Fällen zu gewährleisten.

Bei der Lohnsteuer ist die Steuertechnik vor die entgegengesetzte Aufgabe gestellt wie bei der veranlagten Einkommensteuer. Die wichtigste Aufgabe für die veranlagte Einkommensteuer ist: wie kommen wir zu einer möglichst genauen Erfassung aller Einkommen?

Die wichtigste Frage bei der Lohnsteuer dagegen lautet: wie gelingt eine möglichst weitgehende Berücksichtigung der Verschiedenheiten des einzelnen Falls? Was in dieser Hinsicht im letzten Jahre erreicht ist, geht aus folgender Gegenüberstellung hervor: Bei den Besitzsteuern sind mit Hilfe der Buchprüfungen rund 100 Millionen Mark nach erhoben worden, bei der Lohnsteuer sind im Wege der Erstattungen rund 50 Millionen Mark zurückgezahlt worden. Die Besizenden hatten also 100 Millionen Mark zu wenig, die Arbeiter 50 Millionen zu viel gezahlt!

Diese Vervollkommnung der Lohnsteuer muß noch weiter ausgebaut werden. Die ungeheure Arbeitslosigkeit dieses Jahres wird sich erst bei den Erstattungen zu Beginn des nächsten Jahres voll auswirken. Die Fülle an Arbeit, die sich daraus ergibt, muß soweit wie möglich durch weitere Vereinfachung des Verfahrens vermindert werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich weiter dafür einsetzen; sie hat bereits Vorschläge und Anregungen dem Reichsfinanzministerium unterbreitet, die sich auf die Beschaffung der Unterlagen und das Stellen der Anträge, sowie auf die Behandlung der Kurzarbeiter beziehen. Insbesondere wird in Zukunft größeres Augenmerk auf die Erhöhungen des steuerfreien Lohnbetrags gelegt werden müssen, wodurch eine große Anzahl von Erstattungen vorweg genommen werden kann.

Vor allem aber ist das Ergebnis der Erstattungen zu werten als der Erfolg einer einjährigen Arbeit, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Partei- und Gewerkschaftspressen und nicht zuletzt Gewerkschaftssekretäre und Parteifunktionäre gemeinsam geleistet haben. In einem im Januar 1925 eingebrachten Antrag hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum erstenmal die Einführung der Erstattungen bei der Lohnsteuer gefordert und sie hat diese Forderung so lange wiederholt, bis es ihr gelang, entsprechende Bestimmungen in das Steuerüberleitungsgesetz und das Einkommensteuergesetz hineinzubringen. Sie hat sich aber nicht damit begnügt, Forderungen zu erheben, und die Ausführung dem Reichsfinanzministerium zu überlassen, sondern sie hat selbst Vereinfachungsvorschläge gemacht, als sich herausstellte, daß die gesetzlichen Bestimmungen zu kompliziert waren. Schon im November 1925 hat sie dem Reichsfinanzministerium solche Vorschläge unterbreitet, und es ist nur am Widerstand des Ministeriums gescheitert, daß die vereinfachten Vorschriften nicht schon vor dem 1. Januar 1926, sondern erst Ende Februar erlassen worden sind!

Aber all diese parlamentarische Arbeit hätte nicht diesen Erfolg haben können, wenn nicht Partei- und Gewerkschaftspressen, Gewerkschaftssekretäre und Parteifunktionäre sich für die Durchführung der neuen Bestimmungen zur Verfügung gestellt hätten. Während die besitzenden Klassen eine bekannte Übung darin haben, alle Erleichterungen der Steuergesetze nach Möglichkeit auszunutzen, kam es hier darauf an, die Arbeiterschaft, die an den Verkehrt mit den Finanzämtern nicht gewohnt ist, auf die Erstattungsansprüche aufmerksam zu machen und sie beim Stellen der Anträge zu unterstützen. Es ist gewiß keine kleine Arbeit gewesen, wenn es schließlich gelungen ist, die Zahl der gestellten Erstattungsansprüche auf rund drei Millionen zu bringen. Und dabei waren noch mannigfache Umfangsschwierigkeiten zu überwinden, weil die Finanz-

das war recht seltsam, kamen auf uns zu, gaben uns die Hand, lachten uns an und sagten: „Guten Tag, Mann!“ oder „Guten Tag, Seemann!“ oder so etwas. Unter denen, die uns die Hand gaben, waren aber wieder einige, die, nachdem sie uns die Hand gegeben hatten, aufstakelten mit großen Augen, uns mit offenem Munde anstarrten, dann plötzlich woganten und sich nicht mehr vorredeten. Waren wir so tot, daß die Kinderleere den Tod in uns sah und fühlte? Wahrlich wir den Kindern erschienen, als sie noch unter dem Herzen ihrer Mütter träumten? Schlang sich ein geheimnisvolles Band um uns Fortgehende und Totgeweihte und um die Kinderleere, die gerade über die Schwelle des Lebens getreten sind und noch den Schatten des unbekanntes Reiches im Bewußtsein tragen? Wir die Gebenden — sie die Kommenden, die Verwandtschaft lag im Gesicht.

### Am Äquator.

Reisfreizeigen, wenn die Feuer unter dem zu reinigenden Kessel nur gerade einen knappen Tag ausfind und der Nachbarraster unter Dampf bleibt. Und dieses Bergnügen in einer Gegend, wo man sagt: „Gut mal da rüber, wo die grünen Zaunpflöze stehen mit dem großen A dran, das ist der Äquator, taunst auch sagen Mittagslinie, dann mußst du aber das A abschrauben und ein Messingstift anhängen mit dem großen M drauf. Aber ob du um Mittagslinie sagst oder Äquator oder überhaupt nichts, es ist immer egal heiß und glühend. Wenn du den Äquator anfängst, die Hand ist sofort weg, wie abrostert, bloß noch ein paar Krümelchen Asche sind übrig. Wenn du ein Stück Eisen auf den Äquator legst, schmilzt das wie Butter. Wenn du zwei Stück zusammenhältst, die schweißten autogen. Blatt ohne Nacht, brauchst bloß drücken.“ „Weiß ich, wir sind mal rübergefahren über den Äquator, da war es gerade Weihnachten. Da war doch der immer noch so heiß, daß du die dicken eisernen Bordwände man bloß so mit dem Finger durchbohren konntest. Brauchst gar nicht bohren. Bloß so mit dem Finger antippen, das war schon ein Hoch drin. Wenn du gegen die eisernen Bordwände sprucktest, flog die Spucke durch wie nichts, war gleich wieder ein Loch. Der Stipper sah das von der Brücke und schrie: „Ihr wollt wohl hier ein Stäffchen aus dem Schiff machen. Sofort die Wäcker wieder zugemacht.“ Und da wußten wir so ein klein wenig mit der Hand rüber ober

mit dem Elbogen, und das waren die Bücher wieder zu. Es war ja gerade so weich wie Kuchenteig. Die eisernen Wäcker hatten sich ganz umgebogen, so wie ein langes Wachslicht, daß du auf einen heißen Kocher stellst. Es war eine Schweinerei, bis wir sie gerade hatten. Mit dem Äquator darf man nicht spaßen.“

### Der allmächtige Staat.

Der Mensch, der kleine, der muß das Gesetz achten, der Staat braucht das nicht. Er ist die Allmacht. Der Mensch muß Moral haben, der Staat kennt keine Moral. Er mordebt, wenn er es für gut befindet, er stiehlt, wenn er es für gut befindet; er tauht die Kinder von den Müttern, wenn er es für gut befindet; er zerbricht die Ehen, wenn er es für gut befindet. Er tut, was er will. Für ihn gibt es keinen Gott im Himmel, an den zu glauben er den Menschen bei Leib- und Lebensstrafe zwingt, für ihn gibt es keine Gebote Gottes, die er den Kindern mit dem Knüttel einbläuen läßt. Er macht sich seine Gebote selbst, denn er ist der Allmächtige und der Allwissende und der Allgegenwärtige. Er macht sich die Gebote selbst, und wenn sie ihm eine Stunde darauf nicht mehr zusagen, übertritt er sie selbst. Er hat keinen Richter über sich, der ihn zur Rechenschaft zieht, und wenn der Mensch anfängt, mißtrauisch zu werden, dann suchet er ihm mit der Flagge Rot-Weiß-Blau-Hurra-Hurra-Hurra vor den Augen herum, daß der Mensch ganz dusselig wird, und drückt ihm ins Ohr: „Haus und Herd — Weib und Kind“ und bläht ihm in die Kapfenscher Hand: Bild auf deine ruhreiche Bergangeheit. Und dann plappern die Menschen alles nach, weil der Allmächtige sie in ausdauernder Arbeit zu Maschinen und Automaten gemacht hat, die ihre Arme, Beine, Augen, Rippen, Herzen und Gehirnzellen genau so bewegen, wie es der allmächtige Staat haben will. Das hat nicht einmal der allmächtige Gott zugeue gebracht, und der konnte doch auch etwas. Aber diesem Ungeheuer gegenüber ist er nur ein armer Stämper. Seine Menschen handelten ganz selbständig, sobald sie erst einmal ihre Arme und Beine bewegen konnten. Sie ließen ihn davon, achteten seine Gebote nicht, sündigten wie toll und setzten ihn endlich ab. Bei dem neuen allmächtigen Gott haben sie es schwerer, weil er noch zu jung ist, und weil sie noch nicht wagen, ihm auf die Füße zu treten und den Apfel vom Baume zu reissen.

ämter auf eine so große Zahl von Anträgen nicht eingerichtet waren. Wenn im nächsten Jahre die Erläuterungen für 1926 durchzuführen sind, ist zu hoffen, daß diese Schwierigkeiten nicht mehr vorliegen. Das ganze Verfahren wird dann nach und nach reibungsloser vor sich gehen und noch größere Erfolge zeitigen.

## Aus den Zahlstellen.

**Hannover.** In der Mitgliederversammlung, die am 20. Juni im Gewerkschaftshaus stattfand, machte zunächst Koll. Wambacher bekannt, daß an Stelle der geplanten Besetzung am Sonntag, den 25. Juli, ein Ausflug nach dem Deister, von Warglohhausen nach Bad Neindorf stattfindet, an der auch eine Mandolinentele teilnimmt.

Am 2. Punkt der Tagesordnung befand sich die Referentin, Frau Maria Reese, proletarische Tagesfragen, dabei ausgehend von der Beobachtung, daß es leider noch viele Angehörige der wertigsten Bevölkerung gebe, die sich schämen, zum Proletariat zu gehören. Mangel an Selbstbewußtsein und an Vertrauen auf die eigene Kraft, Unwissenheit über die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge der Gesellschaft erzeugen in diesen indifferenter Arbeiterkräften die Auffassung, daß sie mehr Nachteile haben, wenn sie sich den gesellschaftlichen und sonstigen Werken der „besseren“ Kreise anschließen. Es sei aber doch fassbar, daß bei allen bürgerlichen Veranstaltungen ein Wertschätzung erhoben wird, falls ein Arbeiter es mal wage, etwas über Arbeiterforderungen zu sprechen. Dieses sei Politik und dürfe um des lieben Friedens halber in den Vereinen nicht gebudet werden. Daß aber diese selben Kreise jahraus, jahrein nur Politik betreiben und fördern, allerdings arbeitserindliche Politik, wird wohlweislich verschwiegen. Das ist eben keine Politik. Und meist bringen jene Arbeiter, die sich noch dort bewegen, gar nicht den Mut auf, die Kulturforderungen der Arbeiterchaft zu vertreten, weil sie ja sonst — schrecklich! — auch zum Proletariat gezählt und von der honetten Vereinsbrüderchaft geächtet würden. Nichts ist irriger als die Meinung, daß die dem Volke so gepriesene Demut eine empfehlenswerte Tugend sei. Schon bei der Erziehung der Kinder zeige es sich, daß die besitzende Klasse großen Wert darauf legt, daß ihre Nachkommen als selbstbewußte, eigenwillige Menschen heranwachsen, während manche Arbeiterkinder noch stolz darauf sind, wenn sie ihre Kinder zu tiefer Ehrfurcht und Respekt gegenüber den „besseren“ Menschen erziehen haben und jeden eigenen Willen unterdrücken. Allerdings trägt die Schule einen erheblichen Teil Schuld an diesen Verhältnissen. Die Gesichtsbilder waren gefüllt mit all den wunderbaren Eigenschaften der Herrscher und damit wurde dem Volke suggeriert, daß nur die Fürsten in der Lage seien, das Schicksal des Volkes in richtiger Weise zu lenken. Daß manche Zeitgenossen auch heute noch, trotz republikanischer Verfassung den Fürstentumskult pflegen, zeigt sich darin, daß Filme, die Fürsten verherrlichen, anstandslos aufgeführt werden können, während bei jenen, wo das Volk selbständig handelnd und gegen Unterdrückung aufstehend dargestellt wird, wie in dem Film „Kanzlerkreuzer Potemkin“ Auführungsverbote gefordert werden.

Den Feinden der Arbeiterchaft werde das Rückgrat außerordentlich gestärkt dadurch, daß viele Arbeiter noch die bürgerlichen und die jogenannten „unparteiischen“ Zeitungen unterstützen. Es ist ein großer Mangel an Einsicht, wenn Arbeiter eine Presse halten, die tagtäglich ihre Interessen mit Füßen tritt. Den kapitalistischen Feinden der Arbeiterchaft fällt es nicht im Traum ein, etwa die Arbeiterpresse zu unterstützen und sie machen sich innerlich lustig über diese Volksgenossen, die ihre geistige Nahrung von den schärfsten Gegnern beziehen. Wenn man die Frau gegenüber den täglichen Zeitungen, die der Arbeiterchaft in diesen bürgerlichen Zeitungen zugeführt werden, nur halb so empfindsam wäre, wie bei Auseinandersetzungen mit „feindlichen“ Nachbarn, dann würde sie gewiß keinen Pfennig mehr zur Stärkung dieser besten Waffe des Kapitalismus hergeben. Eine Ausbreitung der sozialistischen Arbeiterpresse bis hinein in die letzte Arbeiterwohnung würde auch gleichzeitig den Kampfswillen der organisierten Arbeiterchaft außerordentlich stärken. Es sei aber auch Tatsache, daß viele Radikalfeste Befehrer der bürgerlichen Zeitungen werden, wenn ihre hochfliegenden Pläne sich nicht erfüllen.

Wenn heute auch jener Teil der Arbeiterchaft, der nicht organisiert ist, keine überlange Arbeitszeit hat und ihnen tariflicher Lohn gezahlt wird, so haben sie es nur dem unermüdeten Wirken der Verbände zu verdanken, die selbst bei schlechter Konjunktur ein uferloses Vögeln der Löhne verhindern. Und es würde gewiß Arbeitslosenunterstützung vom Staate nicht bezahlt, auch wenn die Not noch so groß wäre, wenn die monarchistischen Kulissschieber das Heft in die Hände bekommen würden und ihren Wünschen entsprechend die Arbeiterpflicht an die Bäume hängen oder erschließen könnten. (Siehe Justizrat Claß.) Die agrarische Sozialpolitik zeigt so recht, daß auf diese Kreise der Bevölkerung viel mehr Rücksicht genommen wird, als auf die Arbeiterchaft, die es aber in der Hand hat, sich Beachtung ihrer Interessen zu erwirken. Rege Betätigung auf gewerkschaftlichen und politischen Gebiet und Erweiterung ihres Wissens durch gute Literaturwerke helfen den Boden vorbereiten für den Kulturaufstieg des arbeitenden Volkes.

Dem mit großen Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Aussprache, die sich im zustimmenden Sinne beendete.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung wurde von mehreren, noch im Betriebe beschäftigten Kollegen die Anregung gegeben, die ausgefeierten Arbeitslosen zu unterstützen. Da eine Witzensammlung als ungewinnlich erachtet wurde, kam ein Antrag aus der Versammlung zur einstimmigen Annahme, im 3. Quartal von den weiblichen Mitglieder 10 Pfennig, von den männlichen 20 Pfennig pro Woche zu erheben, die restlos zur Unterstützung der ausgefeierten verwendet werden sollten. Koll. Wambacher begrüßte diesen Akt der Solidarität gegenüber den armen Opfern der Wirtschaftskrise, er ermahnte aber die Anwesenden dringend, auch für die strikte Durchführung in den Betrieben zu sorgen. Nach Schluß der Tagesordnung wurde von Frau Reese noch aus Werten von Anderen Herz und Tat London vorgelesen und damit der eindrucksvolle Abend beschlossen.

## Rundschau.

**Vierte Bundesausstellung in Düsseldorf.** Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird am 9. und 10. Juli in Düsseldorf zu seiner vierten Sitzung zusammenreten. Die Sitzung ist nach Düsseldorf einberufen worden, um den Verbandsvorständen Gelegenheit zu geben, unter sachkundiger Führung die „Gesolei“ zu besichtigen, an der bekanntlich auch die Gewerkschaften beteiligt sind. Als Hauptpunkt der Tagesordnung ist die Frage der Arbeitslosenfürsorge und der Arbeitsbeschaffung vorgehoben. Außerdem wird eine Aussprache über die Förderung des Arbeiterschutzes stattfinden, die insbesondere der Mitarbeit der Gewerkschaften an der vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Arbeiterchutz“ gelten wird. Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Herr Dr. Gyrup, wird an dieser Besprechung teilnehmen. Der Leiter des Instituts für Arbeitsphysiologie in Berlin, Prof. D. Adler, wird in einem Vortrag über „Wege und Ziele der Arbeiterphysiologie“ die Bestrebungen dieses Instituts erläutern.

Für Sonntag, den 11. Juli, ist eine große Jugendkundgebung geplant, in der eine Reihe von Verbandsvorsitzenden sprechen werden.

Am Montag, den 12. Juli, wird anschließend eine Konferenz von Vertretern der Zentralverbände, der Bezirke und der größeren Ortsauslässe abgehalten werden, die sich mit Maßnahmen zugunsten der erwerbslosen Jugendlichen beschäftigen wird. Vor allem sollen die Düsseldorfser Einrichtungen für die erwerbslose Jugend, die Schulwerkstätten und Schulgärten, besichtigt werden.

**Das Einkommen Schwerbeschädigter in ungelernete Berufe.** Bei den Bestrebungen zur Wiedereingliederung Kriegsverlehter in das Wirtschaftsleben, bei welcher die Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte eine wichtige Rolle einnehmen, war allgemein von dem Grundsatz ausgegangen worden, die Kriegsbeschädigten nach Möglichkeit zu gelernten Arbeitern zu machen. Daher wurden Gelegenheiten zur Erlernung von Handwerken — in Kriegsbeschädigtenheimen und anderen Werkstätten — geschaffen. Trotzdem ist der beschäftigende Zweck der Eingliederung der Kriegsbeschädigten in gelernte Berufe größtenteils nicht erreicht worden. Wie aus dem in der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“ veröffentlichten Artikel über die Breslauer Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte von Stadtrat Tisch herorgeht, sind die meisten Schwerbeschädigten, auch diejenigen, welche vor dem Krieg in gelernten Berufen tätig waren, jetzt in ungelernete Berufe übergegangen, d. h. es war vielfach ein wirtschaftlicher Abstieg die Folge der Kriegsverletzung. Von 3739 in der Breslauer Statistik erfaßten Schwerbeschädigten hat sich die Zahl der in den wichtigsten handwerklichen Berufsgruppen, dem Holz- und Schnitzstoffgewerbe, dem Nahrungsgewerbe und Genussmittelgewerbe, dem Bekleidungs- und Metallverarbeitungs- und dem Baumgewerbe Beschäftigten um 40 bis 75 Proz. vermindert. Dahingegen nahm zu die Zahl der im Transport- und Handelsgewerbe Tätigen, besonders die der Handelshilfsarbeiter, d. h. der als Gehilfen, Bediener, Packer, Haushälter, Förstner, die Zahl der Beamten, besonders in den unteren Beamtengruppen, und vor allem der selbständigen Gewerbetreibenden. Von den erfaßten Schwerbeschädigten waren vor dem Krieg 56, nach dem Krieg 231 selbständige Gewerbetreibende. Unter diesen fand dem Bericht zufolge die wenigsten selbständige Handwerker. Der größte Teil entfällt auf Händler, Hausierer u. a. Dieser Ercheinung entspricht dem heute allgemein zu beobachtenden Hindrängen zur Handelstätigkeit, aus welcher sich die außerordentliche Ueberhebung des Handels ergibt.

**Inerhörte Behandlung eines Betriebsrates.** Der Kampf um die Fürstenabfindung hat manches sonderbare Bild gezeitigt. Wenn gleich die Streitfrage zunächst als rein politische anzupfassen ist, können wir uns nicht verhehlen, daß auch die Wirtschaft ein großes Interesse daran haben muß, daß nicht Hunderte von Millionen Mark oder gar eckige Milliarden unseres schon so arg zusammengeschrumpften Volkvermögens ins Ausland wandern. Aus diesen Gründen sollte man annehmen, daß gerade die „Vertreter der Wirtschaft“ alles Interesse daran hätten, erhebliche Teile unseres nationalen Reichtums dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Daß solches Bestreben aber in den genannten Kreisen nicht vorhanden ist, ist allgemein bekannt. Ein ganz sonderbarer Fall ereignete sich aber dieser Tage auf der Zeche 3. im Ruhrkohlenbergbau. Dort war in den Tagen vor der Volksabstimmung auf dem Zedenplatz ein Plakat gegen die Fürstenabfindung angehängt worden. Soll man noch darüber streiten, ob eine solche politische Frage überhaupt in den Betrieb hineingehört? Jedenfalls hatte ein Betriebsratsmitglied die Auffassung, das Plakat gehört nicht dorthin — es rief daselbe herunter. Dieses wurde der Verwaltung gemeldet, und die Folge war — fristlose Entlassung! Glaubte die Verwaltung etwa, durch das Abreißen des Plakats sei der Betrieb im Betriebe gestört worden? Jedenfalls zeigt auf dieser Vorfalle wieder, was Geistes Kind die Herrschaften von Rohle und Eisen sind und welcher Wind heute in dem „unpolitischen“ Unternehmerlager weht.

**Das Problem der Frauennarbeit.** In den offiziellen Arbeitslosenziffern vom 15. Juni sind 330 000 erwerbsfähige weibliche Personen enthalten. Während die Arbeitslosigkeit bei den Männern in letzter Zeit, wenn auch nur geringfügig, eine Senkung aufwies, war dies bei den Arbeiterinnen gerade umgekehrt. Der Reichsarbeitsminister wies in seiner Reichstagsrede ebenfalls auf diese eigenartige Ercheinung hin, ohne daß er einen Grund hierfür angab. Und doch verdient sie die ernsthafteste Beachtung. Der Krieg hatte zahlreiche weibliche Arbeitskräfte in das Erwerbsleben gedrängt. Durch den Männerverlust wurden viele Heiratsmöglichkeiten vernichtet. Und auch die sonstigen Folgen des Krieges verschleuderten die Frauen und Mädchen aus dem Hausat, wo nach Meinung aller Spielher die Frau hingehört, und trieb sie in die Fabriken, Büreaus und Geschäftskontakte. Nun ist es eine alte Ercheinung, daß eine Krise zuerst die Frauennarbeit trifft. Die Frauennarbeit gehört zur leichteren Fabrikation und ist in der vermittelnden Erwerbstätigkeit am meisten verbreitet. Und diese vollsteht sich gleichsam im zweiten Stok der Wirtschaft und ist vielfach für die Gesamtproduktion von untergeordneter Bedeutung. Das niedrige Einkommen breiter Mittelschichten hat es zur Unmöglichkeit werden lassen, eine Hausgehilfin zu beschäftigen, so daß auch von dieser Seite

kein Abfluß geschaffen werden kann. Das Problem der Frauennarbeit wird ernst und verdient die Beachtung aller, die um das Wohl des Volkes besorgt sind.

**Eine Berliner Zeitungsfabrik größten Stils.** Im „Korr.“ lesen wir: Von der Firma Kistner in Berlin, deren Betrieb bekanntlich auf unsere Verbandstagsgebäude am 25. Juni besichtigt, wurden uns eine Reihe ziffernmäßiger Angaben zur Verfügung gestellt, die es ermöglichen, sich einen Begriff von dem riesigen Umfang des Unternehmens zu machen. Im Württembergischen Verlage erscheinen folgende Blätter: „Börsliche Zeitung“, „Berliner Morgenpost“, „Berliner Montagspost“, „B. Z. am Mittag“, „Berliner Allgemeine Zeitung“, „Die Post aus Deutschland“, „Wohnungs-Tausch-Anzeiger“, „Zeitsbilder“, „Berliner Illustrierte Zeitung“, „Die Dame“, „Praktische Beruenerin“, „Möbelwelt“, „Württembergischer Blatt der Hausfrau“, „Ihu“, „Die Koralle“, „Der heitere Fridolin“, „Wuff für Alle“, „Der Querschnitt“, „Berufszustand“ und „Bauwelt“. An Räumlichkeiten befinden sich in Benutzung in eigenen Häusern 38 682 Quadratmeter, in fremden Gebäuden 16 655 Quadratmeter. Die Kopfabteilung des technischen Personals beschäftigt sich auf 2500, des redaktionellen und kaufmännischen auf 2000 und des Transportpersonals auf 3500. An Filialen und Agenturen werden unterhalten in Groß-Berlin 75, im Reich 59. Die täglichen Posteingänge betreffen sich auf 6500, die Postausgänge auf 28 000. Der Telephonbetrieb umfaßt 91 Umsetzungen, 500 Nebenstellen; die Zentrale stellt täglich durchschnittlich 35 000 Verbindungen her. Monatlich werden verdruckt etwa 3 Millionen Kilogramm Rollenpapier und 65 000 Kilogramm Farbe. Der Maschinenpark besteht aus 65 Zeitungsgrotationsmaschinen bzw. Aggregate, 59 Illustrationsrotationsmaschinen bzw. Aggregate, 52 Buchdruckpressen (Flach), 11 Offsetmaschinen, 66 Schmalmaschinen, etwa 600 Buchbinderei- und Stillsmaschinen. 85 Automobile und 3 Flugzeuge stellen den Fuhrpark der Firma dar, und in der Kraftstation erzeugen drei Dampfmaschinen und zwei Dieselmotoren 2000 Pferdestärken. Das sind Angaben, die gewiß Respekt einflößen von dem gewaltigen Umfange des Kistner-Betriebes, besonders erfreulich aber ist für uns die Tatsache, daß der Grundhaß Leben und leben lassen von dieser Großfirma ihrem Personal gegenüber im allgemeinen anerkannt wird.

## Literatur.

**Gewerkschafts-Krisis.** Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Jungs, Jena. Juniheft 1926. Verlag Karl Jungs, Verlagsbuchhandlung, Jena, St.-Sabot-Str. 36. Vierteljahresabonnement 3,00 Ml.

**Wirtschafts-Statistisches Viertel.** Schriftleitung Kurt Selma, Berlin. Juniheft 1926. Verlag Karl Jungs, Verlagsbuchhandlung, Jena. Monatlich 1 Heft. Vierteljahresabonnement 2 Ml.

**Formularbuch für Betriebsräte.** Das Formularbuch ist ein Hilfsmittel für Betriebsräte und im Verlage von Karl Jungs, Verlagsbuchhandlung in Jena, erschienen. Es enthält 22 Aufteilungen für den praktischen Gebrauch. Einzelpreis 60 Pf., 5 Stück 2,50 und 10 Stück 4,50 Ml.

**Wirtschafts-Politik.** Die vereinigte Staaten von Europa. Verlag J. S. W. Dieckhoff, G. m. b. H., Berlin, 188 Seiten, kartoniert 4 Ml.

Ausgehend von der Enttönung Europas durch den Weltkrieg, von dem Bereich der Vor- und der Nachkriegszeit gibt der Verfasser der „Welt in Röhren“ ein anschauliches Bild der augenblicklichen Wirtschaftslage. Diese sprechen die Zahlen in ihrer zwingenden Unerblichkeit an und knappen Unterbreitung durch den geborenen Statistiker verfließen auch den Feinsinnigen. „Die Geschichte der Nachkriegszeit“ wird offenbar, die Entwicklung der Arbeiterbewegung nach dem Krieg wird in Röhren dargestellt. Und auf der Suche nach einem Ausweg werden nur die Möglichkeiten einer Revolution, eines wirtschaftlichen Ueberbaus der Staaten Europas erörtert. Dieses Buch gehört in die Hand jedes besorgenen Sozialisten, jedes politisch oder gewerkschaftlich tätigen Arbeiters.

**Freien und Eisenbahn-Freienbetrieber.** Ein Leitband zur Abklärung und Gestaltung von Freien und Beamtensachen für alle in Frage kommenden Gelegenheiten, bearbeitet von Theo Wapner, Leipzig. Nebst einem Anhang gesammelter Gedichte, Liebes- und Erziehungsbücher. Freireiserverlag G. m. b. H., Leipzig-Alt., Röhrenstraße 10. (Quartformat, 91 Seiten), gut hatbar kart. 1,20 Ml., in Ganzleinen 2 Ml.

## Abrechnungen.

In der Woche vom 28. Juni bis 3. Juli 1926 gingen die Abrechnungen vom 2. Quartal für den Bau 6, Thüringen, hier ein.

An Geldbeträgen kamen aus Schlesien 1100 Ml. für das 2. Quartal 1926.

Berlin, den 3. Juli, 1926. Heinrich Bodahl.

Für die Woche vom 11. bis 17. Juli ist die Beitragsmarke in das mit 28 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Unserer Kollegin Maria Laabe und Herrn Billy Husemann zu ihrer Verlobung, ebenfalls der Kollegin Alwine Steffen und Herrn Karl Schröder zu ihrer Vermählung nachträglich herzlichste Glückwünsche.

Zahlfelle Herford.

Unserer lieben Kollegin Marie Wandt nebst Gemahl die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Zahlfelle Stettin.

## STERBETAFEL.

Am 2. Juli verstarb nach kurzer aber schwerer Krankheit unsere Kollegin

**Gertrud Plaage**  
(i. J. a. D. W.)

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

die Zahlfelle Braunschweig.

Am 2. Juli 1926 verstarb nach langer, schwerer Krankheit unsere liebe Verbandskollegin

**Anni Steinhoff**  
(i. J. a. v. Sternsche Wdwr.)

im jugendlichen Alter von 24 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr  
die Mitgliedschaft der Zahlfelle Lüneburg.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Bucher, Charlottenburg, Meerfeldstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1928. — Verlag: G. Lohoff, Charlottenburg. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.